

p.B.15.21.Mal. - WKO/au

VERTRAULICH

p.B.15.50.V. (Malaisie)

Besuch des Premierministers und Ministers für Auswärtige
Angelegenheiten von Malaysia,
Seiner Exzellenz Tun Abdul Razak bin Dato Hussein,
in Bern vom 21. bis 23. September 1972

P r o t o k o l l

der zwei Arbeitssitzungen vom 21. September 15.30 bis 17.30 Uhr
und vom 22. September 10.00 bis 12.00 Uhr

Liste der malaysischen Delegation

Tun Abdul Razak bin Dato Hussein	Premierminister und Minister für Auswärtige Angelegenheiten
Tan Sri Jamal bin Abdul Latiff	Malaysischer Botschafter in der Schweiz (Sitz in Paris)
Thong Yaw Hong	Generaldirektor der Economic Planning Unit (EPU)
Zain Azraai	Erster Privatsekretär des Premierministers
B. Rajaram	Zweiter Sekretär, Malaysische Botschaft
Shafie Yahya	Privatsekretär des Premierminister

Liste der schweizerischen Delegation

Pierre Graber	Bundesrat, Vorsteher des EPD
Rudolf L. Bindschedler	Rechtsberater des EPD
René Keller	Botschafter, Chef der Abteilung für Internationale Organisationen
Theodor Schmidlin	Schweizerischer Botschafter in Malaysia
Hans Bühler	Minister, Vizedirektor der Handelsabteilung des EVD
Hans Miesch	Minister, Chef des Politischen Dienstes Ost
Pierre Thévenaz	Minister, Chef des Politischen Sekretariats
Hans Rudolf Kurz	Chef der Unterabteilung Information und Dokumentation der Direktion der Eidg. Militärverwaltung



- 2 -

Peter Erni	Chef des Informations- und Pressedienstes des EPD
Lukas Burckhardt	Chef der Sektion Kulturelle Angelegenheiten der Abteilung für Internationale Organisationen
Karl Fritschi	Stellvertreter des Chefs des Politischen Dienstes Ost
Peter Wiesmann	Stellvertreter der Unterabteilung Operationelles des Delegierten für Technische Zusammenarbeit
Claude Huguenin	Diplomat. Mitarbeiter, Dolmetscher
Kurt O. Wyss	Diplomat. Stagiaire, Protokoll

An der Arbeitssitzung vom 21. September, 15.30 bis 17.30 Uhr, beteiligten sich

auf malaysischer Seite:

Tun Abdul Razak
 Tan Sri Jamal Latiff
 Thong Yaw Hong
 Zain Azraai
 B. Rajaram
 Shafie Yahya

auf schweizerischer Seite:

Bundesrat P. Graber
 Botschafter R. Bindschedler
 Botschafter R. Keller
 Botschafter T. Schmidlin
 Minister H. Miesch
 Minister P. Thévenaz
 P. Erni
 K. Fritschi
 C. Huguenin
 K. Wyss

Traktandenliste

1. Allgemeiner Politischer Tour d'horizon
 - 1.1 Europa: Europäische Sicherheitskonferenz und MBFR;
Europäische Integration
 - 1.2 Die Beziehungen zwischen den drei Weltmächten USA,
UdSSR, Volksrepublik China
 - 1.3 Der Nahostkonflikt
 - 1.4 Fragen an die malaysische Delegation
 - 1.4.1. Malaysia und die Konferenz der Blockfreien Staaten in
Georgetown
 - 1.4.2. Malaysia und die Lage auf dem indischen Subkontinent
 - 1.4.3. Malaysia und der Vietnankonflikt
 - 1.4.4. Die zukünftigen Beziehungen Malaysias zur Volksrepublik
China; Japan
2. Grundlagen und Umriss der schweizerischen Neutralität
3. Initiative Malaysias zur Schaffung einer neutralen Zone in
Südostasien
4. Der Hoheitsstreit um die Malakka-Strasse

Verhandlungssprachen sind französisch und englisch.

Herr Graber: Herr Premierminister, ich habe die grosse Ehre und das Vergnügen, Sie hier in unserem Hause zu empfangen und ich sehe dem Ergebnis Ihres vielversprechenden Besuchs voller Erwartung entgegen. Falls Sie mit der Traktandenliste einverstanden sind, werden auf den politischen Tour d'horizon einige Ausführungen über Grundlagen und Umriss der schweizerischen Neutralität folgen. Danach sind wir diejenigen, die Ihnen Fragen stellen werden, wobei uns in erster Linie die malaysische Initiative zur Schaffung einer neutralen Zone in Südostasien interessiert.

Herr Razak: Ich bin mit der Traktandenliste einverstanden.

1. Politischer Tour d'horizon

Herr Graber: (Text gemäss Beilage)

Herr Razak:

ad 1.1: Ich danke Ihnen für Ihre Ausführungen und schätze Ihren Beitrag zur Friedenssicherung und Stabilität in Europa; er kommt unseren eigenen Anstrengungen zur Aufrechterhaltung des Friedens auf der Welt entgegen. Wir sind an der Frage der Neutralität interessiert. Werden alle europäischen Länder an der Sicherheitskonferenz teilnehmen?

Herr Graber: Jawohl, sämtliche europäischen Staaten, plus zusätzlich Kanada und die USA.

Herr Razak: Wie verhält es sich mit der Konferenz für einen gegenseitigen ausgewogenen Truppenabbau?

Herr Graber: Bis heute hat noch niemand eine genaue Definition dessen gegeben, was die MBFR eigentlich sein sollte. Der Begriff ist noch "prodigieusement vague". Bisher einziger konkreter Ansatzpunkt ist die Forderung auf Abzug aller fremden Truppen aus Europa, die vor ungefähr einem Jahr aufgestellt wurde.

Herr Razak: Die Grossmächte sollten in der Tat die Souveränität der kleineren Staaten respektieren. In Südostasien setzen wir uns auch dafür ein, dass sich die mächtigen Staaten nicht in die Angelegenheiten anderer Länder einmischen. Dies ist der beste Garant für die friedliche Koexistenz.

ad 1.2: Wir stimmen mit Ihnen darin überein, dass die Aufnahme des Dialogs von Präsident Nixon mit Peking und Moskau viel zur Verminderung der Spannungen in der Welt beiträgt. Die "détente" unter den Grossen muss jedoch gleichzeitig auch von Anstrengungen der direktbeteiligten Staaten zur friedlichen Beilegung von Konfliktsituationen begleitet sein.

ad 1.3: Auch hier gehen wir mit Ihnen einig, dass vor den amerikanischen Präsidentenwahlen wohl nicht allzuviel erwartet werden kann. Ein gewisser Druck muss auf beide Parteien ausgeübt werden. Der Zeitpunkt für eine friedliche Regelung scheint eher günstig zu sein, da der russische Einfluss bei den Arabern im Schwinden begriffen ist. Dennoch bleibt das Problem der Palästinenser, die ohne jegliche nationale Heimstätte sind, vorläufig bestehen.

ad 1.4: ad 1.4.1: Sie haben mich auf das Verhalten Malaysias während der 1972-Konferenz der Aussenminister der blockfreien Staaten (non-aligned states) in Guayana angesprochen. In Georgetown verliess die malaysische Delegation, zusammen mit den Abordnungen von Indonesien und Laos, am 10. August den Sitzungssaal, weil wir zur Ueberzeugung gelangten, dass an den Prinzipien und am Geist der Blockfreiheit Verrat begangen worden war. Durch die Aufnahme der Provisorischen Revolutionsregierung von Vietnam (PRG/Vietcong) wurde nämlich gegen das Prinzip der Bewegung der blockfreien Staaten verstossen, wonach die Lösung von Problemen aufgrund allseitiger Zustimmung der Mitgliedstaaten angestrebt werden soll. Im Anschluss an die Debatte über die PRG-Streitfrage waren von den anwesenden 61 Nationen 23 für die Aufnahme des Vietcong, während sich 8 Delegationen, darunter Malaysia, dagegen aussprachen oder Vorbehalte anbrachten. Unserer Meinung nach ist die Revolutionsregierung nur eine Bewegung, und kann deshalb nicht einen Staat repräsentieren. Dieser Umschwung an der Georgetown-Konferenz lässt die Zukunft nicht allzu glänzend erscheinen. Trotz unseres "walk-out" an der Konferenz halten wir jedoch nach wie vor an der Idee der Blockfreiheit fest, weil wir überzeugt sind, dass nur die Gesamtheit der blockfreien Staaten den nötigen Druck auf die "Grossen" zur Verminderung der Spannung auszuüben vermag.

ad 1.4.2: Im Falle des Konflikts auf dem indischen Subkontinent lässt sich sagen, dass Malaysia als einer der ersten Muslim-Staaten Bangla-Desh anerkannt hat. Diese Anerkennung will jedoch nicht heissen, dass wir die indische Intervention in Pakistan und die Anwendung von Gewalt stillschweigend gutheissen. Wir haben alles

Interesse an der Befriedung des Subkontinents; noch ist aber alles im Fluss und auch das Kaschmirproblem bleibt weiterhin bestehen. Wir haben volles Verständnis für die Schwierigkeiten, mit denen der pakistanische Staatspräsident Ali Bhutto konfrontiert wird; dennoch wird Pakistan nicht darumherumkommen, Bangla Desh früher oder später anzuerkennen.

ad 1.4.3: Die Entwicklung der Lage in Vietnam erfüllt uns mit Sorge, denn der Kriegsschauplatz ist nicht allzuweit von uns entfernt (bis nach Pnom-Penh sind es nur ungefähr 400 Meilen). Das Vietnamproblem kann nicht ohne die Zustimmung der Supermächte gelöst werden; deshalb haben wir Nixons Besuche in Peking und Moskau als Beitrag zur Linderung der Spannung begrüsst. Die Volksrepublik China ist meiner Meinung nach nicht so sehr an einem raschen Rückzug der Amerikaner aus Vietnam interessiert, denn sie fürchtet Russland mehr als die USA. Was die Haltung Nord-Vietnams anbetrifft, so wird es wohl solange zu keinem Verhandlungsfrieden kommen, als Hanoi im Hinblick auf sein Ziel einer Vereinigung der beiden Vietnam eine - wenn auch noch so kleine - Chance sieht, den Krieg gewinnen zu können. Eine Beilegung des Konflikts scheint vor den amerikanischen Wahlen nicht möglich zu sein.

ad 1.4.4: Letztes Jahr hat die Welt die Aufnahme der Volksrepublik China in die UNO erlebt. Wir sind der Ueberzeugung, dass China im Interesse einer friedlichen Entwicklung den ihm gebührenden Platz im internationalen politischen Kräftespiel einnehmen sollte. Vordringend sind unsere Beziehungen zu Peking noch inoffizieller Art, doch wurden bereits beachtliche Fortschritte auf handelspolitischem Gebiet erzielt. Malaysische Handelsdelegationen weilten mehr als einmal in Kanton, Peking und Schanghai. Die Besuche wurden durch die Chinesen erwidert.

Einer völligen Normalisierung der Beziehungen zu China steht die kommunistische Subversion innerhalb Malaysias entgegen, die sich zum grössten Teil aus Elementen des starken chinesischen Bevölkerungsteils rekrutiert und wahrscheinlich Unterstützung von seiten Pekings erhält. Wir hoffen jedoch zu einem Dialog mit China zu kommen,

weil damit die Frage einer Neutralisierung von ganz Südostasien eng zusammenhängt.

Bevor wir jedoch ganz generell an die Supermächte herantreten können, müssen die Staaten der Region selbst zu einer Einigung gelangen.

Japan ist ein wirtschaftlicher Koloss. Wir selber haben im letzten Weltkrieg am eigenen Leib erfahren müssen, wie effizient das Inselreich ist. Festland China befürwortet als Rückendeckung gegenüber Russland einen Friedensvertrag mit Japan. Umgekehrt ist auch Japan, aus vorwiegend wirtschaftlichen Gründen, an einer Normalisierung der Beziehungen zu Peking interessiert, um sich angesichts der zunehmenden Versteifung Europas und der USA gegenüber dem japanischen Wirtschaftsexpansionismus seinen Anteil am riesigen chinesischen Markt zu sichern. Meiner persönlichen Auffassung nach könnten Japans Normalisierungsbestrebungen zu China in den Augen Nixons sogar zu weit gehen.

Herr Graber: Ich danke Ihnen für Ihre interessanten Ausführungen und schlage vor, dass wir nun zum Kapitel Neutralität übergehen.

2. Grundlagen und Umriss der schweizerischen Neutralität

Herr Graber: (Text gemäss Beilage)

3. Initiative Malaysias zur Schaffung einer neutralen Zone in Südostasien

Herr Razak: Wie ich sehe, wurde Ihr Konzept im Hinblick auf eine vermehrte Oeffnung nach aussen nicht unwesentlich modifiziert. Auch wir in Malaysia sind der Ansicht, dass wir - sollen wir eine echte Ueberlebenschance haben - nicht abseits stehen können, sondern mit den andern Nationen in Südostasien eng zusammenarbeiten müssen; denn, wie Sie richtig sagen, Neutralität heisst nicht Isolation, sondern aktive Teilnahme an den Vorgängen um uns herum. Diese Einsicht sowie das wachsende Bewusstsein, dass die Asiaten ihre Probleme selber lösen müssen, hat uns bewegt, nach neuen

Mitteln und Wegen zur Friedenssicherung zu suchen. So haben wir innerhalb der Vereinigung Südostasiatischer Staaten (ASEAN), der Indonesien, die Philippinen, Singapur, Thailand und Malaysia angehören, vorgeschlagen, Südostasien zu einer "Zone des Friedens, der Freiheit und der Neutralität" zu machen. Unserem Konzept schwebt eine Garantie der drei Grossmächte USA, Sowjetunion und Volksrepublik China vor, die sich zu einer strikten Nichteinmischung in die südostasiatischen Belange und zur Gewährleistung der Neutralität dieser Region verpflichten sollten. Allerdings sind wir angesichts der noch verschiedenen vorhandenen nationalen Interessen um einiges von der Verwirklichung dieser Idee der Neutralisierung Südostasiens entfernt.

4. Der Hoheitsstreit um die Malakka-Strasse

Ich möchte Ihnen auch unsere Haltung im Hoheitsstreit um die Strasse von Malakka, der kürzesten Verbindung zwischen dem Pazifischen und dem Indischen Ozean, darlegen. Wie Sie wissen, haben Malaysia und Indonesien die Grenze ihrer Territorialgewässer von 3 auf 12 Seemeilen ausgedehnt, weil sie die Auffassung vertreten, dass die zwischen diesen Ländern verlaufende Malakka-Strasse kein internationales Gewässer sei und die Durchfahrt ausländischer Schiffe deshalb von einem Prüfungsrecht Kuala Lumpurs und Djakartas abhängen. Ich möchte jedoch betonen, dass dies nichts am Grundsatz des Rechts auf friedliche Durchfahrt (innocent passage) ändert, das von uns nach wie vor garantiert wird. Nur im Falle der die Strasse passierenden Riesenöltanker muss nach einer besseren Lösung gesucht werden, weil es allzu enge und seichte Stellen gibt. Gegenwärtig prüfen wir mit Indonesien die Frage, ob durch Ausbaggerungen die Fahrrinne verbreitert werden könnte. Andernfalls bliebe die Möglichkeit einer Passage durch die Sunda-Strasse (zwischen Sumatra und Java) bestehen. Sorge bereitet uns in diesem Zusammenhang die zunehmende Umweltverschmutzung durch die Riesentanker. Die Fischerei ist in der Region der Malakka-Strasse bereits ziemlich stark geschädigt worden.

Herr Bindschedler: Die Schweiz hat sich als Binnenstaat seit jeher für die Gewährleistung der freien Schifffahrt eingesetzt. Erwähnt sei unsere Mitarbeit an den beiden Genfer Seerechtskonferenzen von 1958 und 1960. Wir verfügen zwar nur über eine kleine Handelsflotte von 217'000 BRT, die jedoch gerade in Krisenzeiten für die Versorgung unseres Landes lebensnotwendig ist. Wir geben zu, dass seit 1958 auf dem Gebiet der Seeschifffahrt starke Veränderungen eingetreten sind (Riesentanker, Umweltverschmutzung etc). Dennoch sollte nach unserer Auffassung eine Lösung angestrebt werden, die die friedliche Durchfahrt erlaubt, die gleichzeitig aber der militärisch-strategischen Machtentfaltung der Grossmächte gewisse Schranken setzt. Es wäre uns sehr dienlich, wenn Sie uns Ihre Unterlagen zu dieser Frage zukommen lassen könnten.

Herr Razak: Ich bin gerne bereit, Ihnen die entsprechenden Dokumente zu verschaffen. Im übrigen möchte ich noch einmal betonen, dass wir keineswegs beabsichtigen, die "harmlose Passage" zu beeinträchtigen.

Herr Bindschedler: Hinsichtlich der Neutralität interessiert mich Ihre Haltung noch zu folgendem Punkt. Nach schweizerischer Auffassung besteht ein Unterschied zwischen der Anerkennung der Neutralität und der Garantie der Neutralität. Wir haben selber die Mächte ersucht, unsere Neutralität anzuerkennen. Den Begriff Garantie lassen wir jedoch nur im Zusammenhang mit der Gewährleistung der Unversehrtheit und Unverletzlichkeit schweizerischen Gebietes gelten, d.h. bei Verletzung eidgenössischen Territoriums haben wir ein Anrecht auf Unterstützung durch die Garanten. Von jeher hat aber die Schweiz konsequent den Standpunkt vertreten, dass die Mächte aus der Uebernahme dieser Garantie kein Recht ableiten dürfen, nachzuprüfen, ob die Neutralität, zu deren Schutz sie sich verpflichten, von der Schweiz auch wirklich aufrechterhalten werde. Das Recht, die Hilfe fremder Mächte anzurufen, liegt einzig und allein in unserem eigenen Ermessen. Damit wollen wir vermeiden, einer ständigen Kontrolle der Mächte unterworfen zu sein.

und den Garanten Anlass zur Einmischung in unsere inneren Verhältnisse zu bieten. Wie steht es nun bezüglich der Unterscheidung zwischen Anerkennung und Garantie der Neutralität in Ihrem Land?

Herr Razak: Diese Angelegenheit wird gegenwärtig noch geprüft. Wir müssen offen eingestehen, dass wir den Problembereich nicht so differenziert angegangen haben. Wir werden jedoch der Frage der richtigen Interpretation in Zukunft mehr Beachtung schenken müssen. Ich danke Ihnen für Ihre Anregung und möchte überhaupt betonen, dass wir ja gekommen sind, um von Ihnen zu lernen.

Herr Graber dankt der malaysischen Delegation und schliesst die Sitzung.

- 11 -

An der Arbeitssitzung vom 22. September, 10.00 bis 12.00 Uhr,
beteiligten sich

auf malaysischer Seite:

gleiche Delegation wie am 21. September

auf schweizerischer Seite:

Botschafter R. Keller
Botschafter T. Schmidlin
Minister H. Bühler
H.R. Kurz
L. Burckhardt
K. Fritschi
P. Wiesmann
C. Huguenin
K. Wyss

Traktandenliste

1. Die militärische Landesverteidigung der Schweiz
2. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Malaysia und der Schweiz
3. Ueberblick über die kulturelle und sprachliche Vielfalt der Schweiz.

Verhandlungssprache ist englisch.

Herr Keller: Herr Premierminister, ich heisse Sie hier zur zweiten Zusammenkunft willkommen, die für Sie von besonderem Interesse sein dürfte. Falls Sie damit einverstanden sind, werden Ihnen verschiedene Mitarbeiter über Eigenheiten unseres Verteidigungssystems und unsere Wirtschafts- und Handelspolitik berichten, sowie einen Ueberblick über die verschiedenen Sprachen und Kulturen der Schweiz geben.

Herr Razak: Ich bin mit der Traktandenliste einverstanden.

1. Die militärische Landesverteidigung der Schweiz

Herr Kurz: Einleitend möchte ich über die Grundlagen der schweizerischen militärischen Landesverteidigung sprechen. Ihre Daseinsberechtigung beruht auf einer doppelten Motivierung. Einerseits ist sie ein Instrument der nationalen Sicherheit, das laut Verfassung die Behauptung der Unabhängigkeit der Schweiz nach aussen sowie die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Innern garantieren soll. Andererseits ist die Verteidigungsorganisation eine Folge unserer Neutralitätspolitik. Wir haben von den Mächten die Zusicherung erhalten, dass sie die Neutralität anerkennen. Von einer Garantie unserer Neutralität sehen wir jedoch ab, um den Grossen nicht einen Vorwand zu liefern, sich in die inneren Verhältnisse der Schweiz einmischen zu können. Dies setzt aber die Fähigkeit voraus, sich notfalls zur Wehr zu setzen. Deshalb kann Neutralität für uns nur bewaffnete Neutralität heissen. Wir verabscheuen den Krieg und wünschen mit allen Staaten friedlich zusammenzuleben. Realistisches politisches Denken zwingt uns aber angesichts der immer noch bestehenden kriegerischer Auseinandersetzungen im Leben der Völker zur Feststellung, dass diese Hoffnung noch nicht in Erfüllung gegangen ist. Solange die Staaten bei der Lösung von Konflikten nicht auf die Anwendung von Waffengewalt verzichten, bleiben die Schaffung und die Erhaltung der Kriegstüchtigkeit eine der ersten Aufgaben eines selbständigen Volkes.

Es liegt auf der Hand, dass ein kleiner Staat, der nie einen Angriffskrieg führen wird, nicht mit der Strategie der Abschreckung aufwarten kann. Unsere Abwehrmassnahmen müssen sich

darauf beschränken, für einen möglichen Aggressor den "Eintrittspreis" in die Schweiz so hoch wie möglich anzusetzen, d.h. ihm klarzumachen, dass bei einer Verletzung schweizerischen Staatsgebiets Aufwand und Ertrag in einem krassen Missverhältnis zueinanderstehen, weil wir auf einen Angriff nur eine Antwort kennen: Kampf des Volkes mit allen Mitteln, welche das Völkerrecht erlaubt. Um glaubwürdig zu sein, müssen die Kriegsbereitschaft langfristig schon in Friedenszeiten geschaffen und persönliche und materielle Opfer dauernd erbracht werden. Diese Haltung muss anerkannt werden. Unsere Landesverteidigung wird so zu einem Element der Friedenssicherung.

1.1. Die allgemeine Wehrpflicht

Der fundamentale Grundsatz der schweizerischen militärischen Landesverteidigung ist jener der allgemeinen Wehrpflicht. Er ist in der Verfassung festgelegt: "Jeder Schweizer ist wehrpflichtig." Für die Schweizerinnen besteht keine Wehrpflicht. Ihre Dienstleistung in den Frauenhilfsdiensten ist freiwillig. Von der Pflicht zur persönlichen Dienstleistung sind nur diejenigen Schweizerbürger befreit, die medizinische Gründe geltend machen können.

Wir unterscheiden drei Kategorien:

- 1) Diensttaugliche (durchschnittlich 82%)
- 2) Hilfsdiensttaugliche (durchschnittlich 6%)
- 3) Dienstuntaugliche (durchschnittlich 12%)

Wer die Wehrpflicht nicht durch persönliche Dienstleistung erfüllt, hat den Militärpflichtersatz zu bezahlen. Diese Militärsteuer entspricht dem Grundsatz der Gerechtigkeit und der Rechtsgleichheit. Sie ist Ersatz für nicht geleisteten Dienst, bedeutet jedoch nicht Loskauf von der Dienstpflicht.

Die Dauer der allgemeinen Wehrpflicht beträgt für Unteroffiziere und Soldaten 30 Jahre, für Offiziere 35 Jahre. Es gibt verschiedene Heeresklassen (Altersklassen):

1. Auszug, bestehend aus den diensttauglichen Wehrpflichtigen des 20. bis zum 32. Altersjahr (= 12 Jahre);
2. Landwehr, bestehend aus den diensttauglichen Wehrpflichtigen des 33. bis zum 42. Altersjahr (= 10 Jahre);
3. Landsturm, bestehend aus den diensttauglichen Wehrpflichtigen des 43. bis zum 50. Altersjahr (= 8 Jahre).

Nach Entlassung aus der Wehrpflicht werden die Wehrmänner gewöhnlich dem Zivilschutz zugeteilt.

Die gesamte männliche Bevölkerung der Schweiz wird somit zur Erfüllung der Dienstpflicht aufgeboten. Im wahren Sinne des Wortes kann man die Schweizer Armee eine Volksarmee bezeichnen. Wir sind uns bewusst, dass diese vollständige Beanspruchung der männlichen Bevölkerung durch die Armee im Falle einer Kriegsmobilmachung eine beträchtliche Erschwerung für das öffentliche Leben, insbesondere die Wirtschaft, darstellt. Im Ernstfall werden denn auch Wehrmänner, die eine für den geregelten Ablauf des öffentlichen Sektors lebenswichtige Funktion ausüben, von der Aktivdienstpflicht befreit.

1.2. Das Milizsystem

Die schweizerische Armee ist auf dem Milizsystem aufgebaut. Das schweizerische Milizsystem ist begrifflich nicht leicht fassbar und kann am besten durch seine hervorstechendsten Eigenheiten definiert werden.

1.2.1. Das Fehlen von Berufskadern und -stäben und stehenden Truppen

Die ganze Armee und die Kommandanten fast aller Stufen (von den Kompanie- über die Regiments- bis zum grössten Teil der Brigadekommandanten) kommen ihren Aufgaben ausserdienstlich nach. In Friedenszeiten ist die Armee "zu Hause", mit Ausnahme derjenigen Truppenverbände, die zu Wiederholungskursen einberufen werden. Es gibt kein stehendes Heer in der Schweiz.

Eine Abkehr vom reinen Milizsystem haben wir aus praktischen Erwägungen in folgenden Fällen:

- a) die Kommandanten der Armeekorps und der Divisionen (insgesamt 17) werden mit der Ernennung zu Heereseinheitskommandanten Berufsoffiziere im rechtlichen Sinnes des berufsmässigen Kommandoträgers;
- b) das Instruktionskorps mit seinen über 800 Berufsoffizieren und -unteroffizieren;
- c) die Angehörigen des Ueberwachungsgeschwaders der Luftwaffe (ca. 70);
- d) die Angehörigen des Festungswachtkorps (ca. 2000).

1.2.2. Das Ausbildungssystem

Im Alter von 20 Jahren wird der Rekrut in der 17 Wochen dauernden Rekrutenschule zum Soldaten ausgebildet. Erst nach dieser Grundausbildung stösst der junge Wehrmann zu der Einheit, mit welcher er in Zukunft seine Dienstleistungen absolvieren wird. Unteroffiziere und Soldaten des Auszugs leisten 8 sogenannte Wiederholungskurse zu 3 Wochen, diejenigen der Landwehr 3 sogenannte Ergänzungskurse zu 2 Wochen und Wehrmänner des Landsturms sogenannte Landsturm-kurse von insgesamt 2 Wochen. Die militärischen Dienstleistungen erstrecken sich somit über einen grossen Teil im Leben des Schweizerbürgers. Eine Ueberschlagrechnung ergibt:

1 Rekrutenschule	118 Tage
8 Wiederholungskurse	160 Tage
3 Ergänzungskurse	40 Tage
2 Landsturm-kurse	13 Tage
	<hr/>
Total	<u>331 Tage</u>

In dieser Zahl sind die zahlreichen Wochenende ausserdienstlicher und wehrsportlicher Tätigkeit nicht eingeschlossen. Rechnet man noch Inspektionen, obligatorische Schiesspflicht und mögliche weitere Anlässe hinzu, so ergibt das eine Dienstzeit von rund einem Jahr.

Die Eigenart unserer militärischen Ausbildung besteht somit nicht in der Konzeption einer Ausbildung "an einem Stück", sondern in System zahlreicher, sich wiederholender Dienstleistungen. Das hat den grossen Vorteil, dass der Wehrmann über die lange Zeitspanne von 30 Jahren in engem Kontakt zu unserer Verteidigungsorganisation bleibt, und dass er sich ständig den technischen und taktischen Neuerungen im militärischen Bereich anpassen kann. Umgekehrt empfindet er die kurze einzelne Dienstleistung nicht als allzu schwere Last.

Um die zunehmende Spezialisierung und die gesteigerten technischen Anforderungen mit der kurzen Ausbildungszeit ohne Gefährdung des Milizgedankens in Einklang zu bringen, ist man in letzter Zeit dazu übergegangen, den militärischen Drill auf ein Minimum zu reduzieren und den formalen Drill überhaupt abzuschaffen. Dadurch ist Gewähr geboten, dass auch Spezialisten, wie etwa Panzerfahrer und Soldaten von Radareinheiten, eine solide militärische und soldatische Ausbildung erhalten.

1.3. Die Gliederung des Heeres

Traditionsgemäss dominiert in der schweizerischen Armee noch heute die Infanterie; sie macht beinahe die Hälfte aller Truppengattungen aus. Die vor einigen Jahren revidierte Truppenordnung schafft unter Berücksichtigung strategisch-taktisch-geographischer Gesichtspunkte ein Heer, das in Grenz-, Festungs- und Reduittruppen aufgeteilt ist. Im Alpengebiet können die besonders ausgebildeten und ausgerüsteten Truppen des Gebirgskorps und in Mittelland das gegenüber früher mit stärkerer Feuerkraft und höherer Beweglichkeit versehene Gros der Feldarmee eingesetzt werden. Der Territorialdienst ist die ortsgebundene Organisation der Landesverteidigung. Die Flieger- und Fliegerabwehrtruppen sind Teil des Heeres; ihnen obliegt die Luftraumüberwachung.

Gemäss "Ordre de Bataille" gliedert sich das Heer in drei Feldarmee Korps und ein Gebirgsarmee Korps, bestehend aus drei Gebirgsdivisionen. Jedes Feldarmee Korps setzt sich aus einer

Grenz-, einer Feld- und einer Mechanisierten Division zusammen. Dies ergibt insgesamt zwölf Divisionen, deren Kampfauftrag territorial nicht begrenzt ist. Daneben gibt es noch eine grössere Anzahl Brigaden mit lokal begrenzten Kampfaufträgen. Je nach Aufgabenzuteilung wird zwischen Grenz-, Festungs- und Reditbrigaden unterschieden.

Die mobile Feldarmee wird zum grössten Teil aus Auszugstruppen gebildet (20 - 32 Jahre), während in den Brigaden mit ihren lokalen oder territorialen Operationsaufträgen im allgemeinen Angehörige der Landwehr (33 - 42 Jahre) eingeteilt werden. Die Wehrmänner des Landsturms (43 - 50 Jahre) haben gewöhnlich keinen Kampfauftrag, sondern bilden das Gros des Territorialdienstes.

Der Territorialdienst ist über das ganze Land verteilt und ergab sich aus der Erkenntnis, dass der moderne Krieg keine eigentliche "Front" mehr kennt. Des weitern fällt dieser Organisation die Aufgabe zu, im Krieg zwischen den Kommandostellen der Armee und den zivilen Behörden den örtlichen Kontakt sicherzustellen, um gemeinsame Aufgaben mit vereinten Kräften lösen zu können.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die schweizerische Armee so gut vorbereitet sein muss, dass in einem allfälligen Krieg der Gegner wegen der zu erwartenden hohen Verluste an Menschen, Material und Zeit von einem Betreten schweizerischen Staatsgebietes abgehalten wird. Wir suchen nicht den Sieg, aber der Gegner soll wissen, dass wir uns notfalls zu wehren wissen, ja dass bei einer Besetzung die Zerstörung der Kommunikationsachsen drohen und der Widerstand weitergehen würde. Die Geschichte hat uns bewiesen, dass wir mit unserer Landesverteidigungskonzeption den richtigen Weg gewählt haben.

Herr Razak: Wir sind sehr an Ihren Landesverteidigungsfragen interessiert. Könnten Sie nochmals auf die Begriffe "stehendes Heer" und "mobile Truppen" (Feldarmee) zurückkommen?

Herr Kurz: Der Ausdruck stehendes Heer bezieht sich auf Truppen, die ständig im Dienst sind. Da bei uns nur Teile der Armee zu kurzen Ausbildungsdiensten aufgeboden werden, muss die Kriegsmobilmachung perfektioniert werden, damit die Armee im Ernstfall

innert kürzester Zeit einsatzbereit ist. - Mobile Truppen sind im Unterschied zu den stationären Festungsformationen alle diejenigen Heereseinheiten, die für einen beweglichen Abwehrkampf nach allen Richtungen hin vorgesehen sind.

Herr Razak: Wie lange dauert eine Mobilmachung und wie verhält sich die mobilisierende Armee in Falle eines Ueberraschungsangriffs?

Herr Kurz: Teile der Armee sind bereits innerhalb weniger Stunden mobilisiert. Die Mobilmachung der ganzen Armee dürfte ca. 30 - 50 Stunden beanspruchen. Das ist nur möglich, weil jeder Wehrmann persönliche Waffe, Munition und Ausrüstung zuhause bereit hat. Wir versuchen frühzeitig zu mobilisieren, um noch zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten zu haben. - Eine feindliche Aktion - beispielsweise Luftlandungen - würde den Aufmarsch des Heeres beträchtlich stören, denn sie fiel in den gefährlichen Augenblick des Uebergangs vom Bürger zum Soldat. Dieser Gefahr kann durch eine dezentralisiert durchgeführte Mobilisierung wenigstens teilweise ausgewichen werden.

Herr Keller: Falls Sie, Herr Premierminister, nichts dagegen haben, erteile ich nun Herrn Minister Bühler das Wort, der über unsere bilateralen Handelsbeziehungen sprechen wird.

2. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und Malaysia

Herr Bühler: (Text gemäss Beilage)

Herr Razak: Wir sind mit Ihnen einverstanden, dass zwischen unserem Land und der Schweiz in Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ein Geist der Aufgeschlossenheit herrscht.

Herr Bühler: Ich möchte noch auf den Punkt der schweizerischen Importzahlen malaysischer Güter hinweisen, der leicht Anlass zu Missverständnissen geben könnte. Laut schweizerischen Statistiken ist der Warenaustausch zwischen Malaysia und der Schweiz ausgeglichen, während die malaysischen Zahlen einen schweizerischen Exportüberschuss ausweisen. Diese unterschiedliche Interpretation ergibt sich aus der Tatsache, dass die malaysischen Exportstatistiken für Güter nach der Schweiz vielfach nur den Bestimmungshafen angeben. Ein genaues Bild des bilateralen Warenverkehrs zwischen

unseren beiden Ländern kann sich deshalb nur aus einem Vergleich der Exportstatistik und der Importstatistik des Verkäufer- bzw. Käuferlandes ergeben.

Herr Razak: Das Problem ist mir bekannt. Beide Statistiken stimmen je nach Interpretation.

Herr Bühler: Falls Sie, Herr Premierminister, beabsichtigen, die Exporte Ihres Landes nach der Schweiz noch weiter zu intensivieren, werden wir Ihnen gerne dabei behilflich sein. In diesem Zusammenhang ist es ratsam, dass Ihr Land nicht nur zu einer gelegentlichen, sondern zu einer konsequenten, über längere Zeit sich erstreckende Zusammenarbeit bereit ist, denn die schweizerischen Importeure sind erfahrungsgemäss eher konservativ eingestellt.

Herr Razak: Ich kann die Ausdehnung der malaysischen Exporte nach der Schweiz nur unterstützen.

Herr Keller: Herr Botschafter Schmidlin macht mich soeben noch auf die Doppelbesteuerungsfrage aufmerksam. Ihre Haltung hinsichtlich des Abschlusses eines schweizerisch-malaysischen Doppelbesteuerungsabkommens wäre für uns aufschlussreich.

Herr Razak: Wir würden eine diesbezügliche Konvention begrüssen und hoffen, dass die Verhandlungen zu einem erfolgreichen Ende geführt werden können.

Herr Keller: Herr Premierminister, vielleicht dürften Sie noch weitere Fragen, wie etwa die unseres industriellen Freihandelsabkommens mit der EWG, interessieren.

Herr Bühler: Beim industriellen Freihandelsabkommen handelt es sich um ein Abkommen, das auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit aufgebaut ist. Es schafft eine neue Grundlage für die Beziehungen der Schweiz zu den Staaten der Europäischen Gemeinschaft und geht von der bereits bestehenden faktischen Integration und dem heutigen Stand der Liberalisierung aus. Dazu gehört die Aufrechterhaltung der in der EFTA verwirklichten Zollfreiheit für industrielle Produkte. Gleichzeitig wird die Entscheidungsautonomie beider Parteien nicht

gestört. Für uns war diese Lösung eines der Hauptanliegen, denn die Wahrung der treaty making power entspricht der für die Schweiz neutralitätspolitisch erforderlichen Wahrung der Eigenständigkeit. Wir müssen den Spielraum für die Entfaltung einer eigenen aktiven Politik gegenüber den Entwicklungsländern, den sozialistischen Staaten und den aussereuropäischen Industriestaaten aufrechterhalten. Aus dem nämlichen Grund trägt das Abkommen der Erfordernis der Kriegsvorsorge und der Erhaltung einer leistungsfähigen schweizerischen Landwirtschaft Rechnung. Uns kam beim Abschluss der Freihandelsvereinbarung zustatten, dass die Gemeinschaft heute an der Neutralität ein grösseres Interesse zeigt als früher. Was unsere Finanzhilfe an die Entwicklungsländer anbetrifft, sind wir zwar nicht Mitglied der Weltbank, nehmen aber an Projekten der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) teil. So ist der Bundesrat von den Räten zum Abschluss eines Abkommens über die Gewährung eines Darlehens an die IDA von 130 Mio Franken innerhalb des Rahmenkredites von 400 Mio Franken ermächtigt worden. Da jedoch dieses Abkommen das Zustandekommen der dritten Äufnung der finanziellen Mittel der IDA zur Voraussetzung hat und diese Äufnung eine Verzögerung erlitten hat, konnte es bis jetzt noch nicht unterzeichnet werden. Für andere Massnahmen innerhalb des Rahmenkredits wurden eine Reihe von Abklärungen veranlasst. Die Schweiz ist Mitglied der Asiatischen Entwicklungsbank und als solches zur Gewährung von Beiträgen für den Spezialfonds bereit. Dieser Kredit wird ohne Auflage hinsichtlich seiner Verwendung gewährt, um die Empfangsstaaten in ihrer Entscheidungsfreiheit nicht einzuengen.

Herr Razak: Ich danke Ihnen für Ihre Darlegungen und möchte nun noch auf den Tourismus zu sprechen kommen. Im Unterschied zur Schweiz ist Malaysia touristisch noch kaum erschlossen. Da ich den Fremdenverkehr in meinem Lande fördern möchte, ist es sicher angezeigt, Sie als Vertreter eines Landes mit hochentwickelter Fremdenverkehrsindustrie um Auskunft anzufragen. Was uns vor allem fehlt sind Experten und Ausbildner. Wäre es möglich, aus der Schweiz Fachleute zu erhalten, die sich bei uns mit Fragen

der Leitung von Hotelfachschulen und der Ausbildung von Personal für Hotels und Restaurants befassen würden? Des weitern benötigen wir am bereits bestehenden National Productivity Centre erfahrene Lehrkräfte zur Ausbildung von Geschäftsleitern (business executives). Wir würden es auch sehr begrüßen, wenn wir angelernte (semi-skilled) Leute in die Schweiz schicken könnten, die hier eine Art Lehrzeit in Hotels und Restaurant absolvieren, um nach ihrer Rückkehr in unsern Betrieben arbeiten zu können. Die zu erwartenden Probleme zwischenmenschlicher Art würden durch eine sorgfältige Auslese unsererseits auf ein Minimum reduziert.

Eine weitere Sorge bereitet uns der unterschiedliche Stand der wirtschaftlichen Entwicklung in der verschiedenen Teilstaaten. Für den rückständigen Gliedstaat Trengganu, nordöstlich von Kuala Lumpur gelegen, sähe ich deshalb gerne eine Art wirtschaftlichen Berater aus der Schweiz, der weniger ein Experte als vielmehr ein Allroundman sein sollte. Seine Aufgabe wäre die Förderung des bestehenden Messing-, Kupfer- und Tuchgewerbes in Verbindung mit dem Tourismus (Herstellung von Souvenirartikeln).

Herr Wiesmann: Als Abgeordneter des Delegierten für technische Zusammenarbeit freut es mich, dass Sie diese Fragen aufgeworfen haben und wir werden Ihre Vorschläge prüfen. Wir möchten Sie jedoch vor allzu grossen Erwartungen warnen, denn viele andere Staaten sind mit ähnlichen Wünschen an uns herangetreten; zudem leiden wir selber an einem Mangel an Experten. Die Anstellung von "semi-skilled workers" dürfte wohl wegen den Bundesbeschlüssen zur Kontrolle der ausländischen Arbeitskräfte auf unserem Arbeitsmarkt Schwierigkeiten bereiten. Vielleicht bestünde die Möglichkeit, sie nicht als Arbeiter sondern Anlernlinge (trainees) zu bezeichnen. Im Falle des Instruktionpersonals für das National Productivity Centre und des wirtschaftlichen Beraters unterbreiten Sie uns am besten Ihr Anliegen über unsere Botschaft in Kuala Lumpur, worauf wir uns eine gründliche Prüfung vorbehalten würden.

Herr Keller: Der dritte Teilaspekt unserer heutigen Unterredung ist der Sprachenfrage in der Schweiz gewidmet. Der schweizerische Sprachenfriede ist aus dem Mittelalter erwachsen, zu einer Zeit, als die Regierungen der einzelnen Kantone durchwegs darauf ver-

zichteten, eine einheitliche Staatsgesinnung zu erzwingen und nach dem Motto "leben und leben lassen" die Freiheit des Gebrauchs der einheimischen Sprache sogar in Untertanengebieten nicht einschränkten. Der Einbruch der Ideen der französischen Revolution schuf indessen in der Entwicklung der Schweiz eine grundlegende Wandlung. Herr Burckhardt wird Sie nun orientieren, weshalb der Sprachenfriede trotz entgegengesetzter tiefer Strömungen bewahrt werden konnte.

3. Ueberblick über die kulturelle und sprachliche Vielfalt der Schweiz

Herr Burckhardt: (Text gemäss Beilage)

Herr Razak: Wieviele Sprachen werden in den schweizerischen Schulen gelehrt?

Herr Burckhardt: Da es in der Kompetenz der Kantone liegt, welche Sprache sie als Landessprache anerkennen, ist die Regelung je nach sprachlicher Zugehörigkeit von Kanton zu Kanton verschieden. Im Prinzip gilt jedoch, dass als Grundsprache die Muttersprache gelehrt wird, als erste Fremdsprache für die Deutschschweizer das Französische und für die Welschschweizer das Deutsche. Zweite Fremdsprache ist für die Deutschschweizer entweder Italienisch oder Englisch. Gegenwärtig werden auch Anstrengungen unternommen, um den Gastarbeitern die Erlernung der Sprache des jeweiligen Arbeitsortes zu ermöglichen.

Herr Razak: Welche Sprachen werden im Parlament gesprochen?

Herr Burckhardt: Zur Beantwortung dieser Frage wäre eigentlich Herr von Känel zuständig, der sich jedoch wegen zeitlicher Ueberbeanspruchung entschuldigen lassen muss. Dafür wird Ihnen sein Resumé ausgehändigt (Text gemäss Beilage). - Alle Idiome der Kantone mit Ausnahme des Rätoromanischen gelten als Amtssprachen des Bundes, nämlich Deutsch, Französisch und Italienisch. In der Praxis wird aber sozusagen nur Deutsch und Französisch gesprochen. Die Tessiner Parlamentarier haben somit einen schwereren Stand, weil man bei ihnen sowohl Deutsch- wie Französischkenntnisse voraussetzt. -

Dem Deutschschweizer liegt das Englische als Fremdsprache besser als das Französische. Umgekehrt ist es für die Welschschweizer äusserst schwierig, in der deutschsprachigen Schweiz Deutsch zu lernen, weil die Deutschschweizer keine eigene Schriftsprache haben, sondern verschiedene Idiome sprechen. Spasseshalber kann man etwa hören, Englisch sei die einzige sprachliche Verbindung zwischen Deutsch- und Welschschweizern, weil die Leute eines Sprachgebietes vor den Schwierigkeiten der Sprache des andern Sprachgebietes kapitulieren.

Herr Razak: Ich möchte Ihnen für die interessanten und äusserst nützlichen Gespräche danken. Wie ich schon einmal betont habe, sind wir in erster Linie gekommen um zuzuhören und zu lernen. Als junge Nation sind wir begierig davon zu profitieren, wie S i e die Probleme lösen. Ich wünsche sehr, dass die Kontakte zwischen den Regierungen unserer beiden Länder auch in Zukunft weiterbestehen bleiben. Wir weisen bei allen Unterschieden viele Gemeinsamkeiten auf, die sich für eine gute Zusammenarbeit eignen. Ich danke Ihnen nochmals sehr.

Herr Keller: Ihre netten Worte möchte ich umkehren und betonen, dass auch wir vom Osten lernen können. Es bleibt nur zu hoffen, dass Ihr Land nicht allzusehr unserer ständigen Hetze und der materialisitschen Geisteshaltung der Konsumgesellschaft verfällt. Herr Premierminister, meine Herren, ich danke Ihnen.

Der malaysischen Delegation werden schriftliche Unterlagen und Angaben über die schweizerische Neutralität, die schweizerisch-malaysischen Handelsbeziehungen sowie über die schweizerische Sprachenregelung überlassen.

1. TOUR D'HORIZON

En raison des positions géographiques de nos deux pays, l'angle sous lequel nous observons et apprécions les événements politiques internationaux est nécessairement différent. C'est d'ailleurs là un des intérêts d'une rencontre comme celle d'aujourd'hui qui permettra, entre autre chose, de mieux connaître réciproquement les objectifs et les motivations de nos politiques étrangères.

Pour nous, naturellement, les problèmes touchant à l'Europe demeurent prioritaires, aussi est-ce par eux que je voudrais commencer. De là, je déboucherai sur les questions internationales comme celles du Proche-Orient, du Vietnam, des relations entre les Grands et enfin, je vous poserai un certain nombre de questions sur les problèmes qui vous intéressent au premier chef.

1.1. Europe

1.1.1. Conférences de sécurité et de MBFR

Sur le plan européen, il y a d'abord la Conférence de sécurité qui, comme vous le savez, va débiter par une phase préparatoire qui s'ouvrira sans doute le 22 novembre prochain à Helsinki. Tant à la Conférence elle-même qu'à la phase préparatoire, la Suisse entend participer activement. Nous ne nous faisons guère d'illusions sur les résultats immédiats que ces réunions pourront apporter car les questions et les différends en Europe sont souvent trop profonds et durent depuis trop longtemps pour que l'on puisse du jour au lendemain espérer les résoudre. Nous pensons toutefois que cet essai doit être tenté, que nous devons tous ensemble nous asseoir à une même table pour essayer de trouver ici et là des terrains d'entente. Nous pensons aussi que des pays comme le nôtre doivent faire entendre leur voix pour essayer de faire prévaloir le droit sur la force, la coopération, la liberté dans le mouvement des hommes et des idées

- 2 -

sur les cloisons et les murs artificiels qui divisent l'Europe. Quant à nous, nous proposerons à la Conférence de sécurité et de coopération en Europe un projet de système de règlement pacifique des différends qui essayera d'apporter plus de sécurité et des procédures adéquates pour résoudre et prévenir les conflits et différends qui pourraient surgir. Si cela devait vous intéresser, l'Ambassadeur Bindschedler pourra vous fournir brièvement quelques explications sur le système que nous proposerons. En un mot, notre conception de la sécurité en Europe est intimement liée à celle du droit international sur lequel doivent se fonder les rapports entre Etats et celle aussi de la liberté des Etats et des hommes qui est à l'origine de nos conceptions nationales et démocratiques.

Parallèlement à cette conférence, une autre est envisagée, qui porterait sur la réduction des forces en Europe, celle-ci plus communément appelée MBFR intéresse au premier chef les deux blocs en présence. Pour notre part et en raison de notre politique de neutralité nous ne pensons pas pouvoir y participer directement, tout au plus serions-nous disposés à prêter nos services ou nos bons offices dans le cas où on nous le demanderait.

1.1.2. Intégration européenne

Je voudrais maintenant vous entretenir brièvement de l'élargissement du Marché commun qui intéresse surtout l'Europe occidentale, auquel nous nous sommes associés à notre façon, c'est-à-dire dans les limites compatibles avec notre indépendance et notre neutralité. Nous avons signé avec la Communauté, le 22 juillet dernier, un accord de libre échange industriel. Nous pensons ainsi pouvoir assurer à notre économie, dont les partenaires naturels sont nos voisins, membres de la Communauté, la possibilité de prospérer tout en maintenant notre liberté de négociation surtout avec le reste du monde, car nous voulons rester ouverts aux autres continents. Cet accord n'aura donc pas pour nous des conséquences néfastes sur le plan de la politique étrangère, ce qui était également à nos yeux une condition indispensable à sa signature.

Les grands problèmes du monde, vous les connaissez comme moi, ce sont les relations entre les trois Grands, le conflit du Moyen-Orient et celui du Vietnam.

1.2. Les relations entre les trois Grands

Les relations entre les trois Grands dominent certainement la scène politique mondiale, c'est pourquoi nous estimons encourageants les contacts qui ont été établis à l'initiative du Président Nixon, entre les Etats-Unis et la Chine, ainsi que son voyage à Moscou. Ces dialogues ont pu sans doute dissiper un certain nombre de malentendus et ont permis de rapprocher des points de vues sur un certain nombre de problèmes. La signature des premiers accords SALT lors des entretiens de Moscou est un événement important et en même temps, lors de ces mêmes entretiens, le feu vert a été donné à la CSCE.

Toutefois, tant en ce qui concerne le Proche-Orient que le Vietnam, les progrès enregistrés n'ont pas répondu aux espérances; ceci m'amène naturellement à la constatation qu'il y a certains problèmes régionaux ou locaux, et ces deux derniers en sont une preuve manifeste, qui répondent à des règles propres et dont les protagonistes sont beaucoup moins dépendants des Grands qu'on ne le croit. C'est pourquoi il ne suffit pas que Washington, Moscou et Pékin s'entendent sur des ébauches d'arrangements, il faut encore que les principaux intéressés y souscrivent et y voient leur intérêt.

Je voudrais encore dire, dans ce même chapitre, que le rôle assumé sur le plan mondial par la Chine me paraît plus modeste que celui que l'on attendait d'elle il y a un an encore. Le Japon, avec sa force économique extraordinaire, semble devoir se ménager entre ces trois Grands, qui se disputent apparemment son amitié, une place de choix, en tout cas une place d'avenir.

1.3. Le conflit du Proche-Orient

En ce qui concerne le conflit du Proche-Orient, je voudrais commencer par évoquer une de ses dimensions, qui nous est apparue très cruellement ces derniers mois en Europe, à savoir celle du terrorisme. Comme vous le savez, des commandos palestiniens se sont attaqués et s'attaquent encore à des personnes souvent innocentes, mettent en péril le bon fonctionnement de l'aviation civile internationale et créent un climat de tension qui, à tout le moins, est préjudiciable à leur propre cause. Il est évident que cette activité n'est pas tolérable et que nous entendons, tant sur le plan national qu'international, prendre des mesures pour nous défendre. En revanche, nous nous rendons compte également que ce terrorisme n'est qu'un épiphénomène et qu'il faudrait, pour le faire disparaître véritablement, s'attaquer au problème de la coexistence d'Israël avec ses voisins arabes et à celui de l'avenir du peuple palestinien. Peut-être qu'au lendemain des élections américaines, nous pourrions envisager une évolution favorable dans ce domaine.

1.4. Questions à la Délégation malaisienne

En ce qui concerne le Vietnam, nous avons l'impression que le désengagement progressif des troupes américaines du théâtre d'opération et la réussite, dans une certaine mesure, de ce qu'on a appelé la vietnamisation, ont changé pour une large part les données du problème. Mais, sur ce point comme sur d'autres, je voudrais vous entendre et je désire, avant de vous donner la parole, formuler quatre questions qui nous intéressent au plus haut point et à propos desquelles vos explications et vos appréciations nous seront des plus utiles.

1.4.1. La Malaisie et la conférence des pays non alignés à Georgetown

Nous avons suivi avec attention le déroulement de la conférence des ministres des affaires étrangères des pays non alignés à

Georgetown. En tant que pays neutre, nous sommes tout naturellement intéressés à connaître quelle est votre appréciation de cette rencontre et quel est l'avenir de ces conférences, compte tenu du fait que l'admission du gouvernement révolutionnaire provisoire du Sud-Vietnam a motivé le retrait de votre délégation de la Conférence de Georgetown, de même que celle de l'Indonésie et du Laos.

1.4.2. La Malaisie et la situation dans le sous-continent indien.

Comme vous le savez, nous avons un intérêt légitime, en tant que puissance protectrice, à suivre l'évolution de la situation dans le sous-continent indien. Les difficultés que doit surmonter le jeune Etat du Bangla Desh afin d'assurer son avenir ne laissent pas de nous préoccuper. D'autre part, nous observons avec attention les efforts entrepris par les chefs des gouvernements de l'Inde et du Pakistan, afin de régler par des moyens pacifiques le lourd contentieux qui subsiste entre eux.

Nous vous saurions gré, M. le Premier Ministre, de nous faire connaître votre avis sur cette question.

1.4.3. La Malaisie et le conflit vietnamien.

Le conflit vietnamien, dont le poids pèse sur toute la région du sud-asiatique et dont on ne peut encore voir une issue, nous préoccupe tous.

Vous, M. le Premier Ministre, dont le pays est voisin du Vietnam, pourriez-vous peut-être nous donner votre appréciation de la situation?

1.4.4. Relations futures entre la Malaisie et la République populaire de Chine; la Malaisie et l'évolution du Japon.

Le nouveau Premier Ministre japonais, M. Tanaka, se rendra en octobre prochain à Pékin, afin de normaliser les relations sino-japonaises. Ce rapprochement revêt à nos yeux une importance capitale, en raison des répercussions mondiales qui ne manqueront pas

- 6 -

d'en découler. Nous serions donc heureux de connaître vos réflexions face à cet événement, ainsi que votre appréciation des effets qui peuvent résulter de cette démarche pour les relations futures entre votre pays et la République populaire de Chine.

Dans le même contexte, nous serions intéressés par votre avis sur l'évolution du Japon et sur sa position en Asie.

2. NEUTRALITE SUISSE

Vous avez exprimé le voeu d'être informé sur la neutralité de la Suisse. Je n'ai pas l'intention de vous faire un résumé doctrinal sur notre neutralité; vous trouverez cela dans la documentation écrite qui vous est remise. Je voudrais plutôt, tout en rappelant d'abord quelques traits essentiels, vous livrer des réflexions qui, je l'espère, vous inciteront à poser des questions.

Je commencerai par un bref rappel historique. Les origines de notre neutralité remontent au 16ème siècle, à une époque où les liens qui maintenaient la cohésion de la Confédération suisse étaient très faibles; si les cantons d'alors avaient pris part aux conflits européens en ralliant des camps antagonistes - catholiques contre protestants, par exemple - ces liens n'auraient pas résisté et la Confédération aurait éclaté. On peut donc dire que, dès l'origine, la neutralité a été la condition de la survie de notre fédéralisme qui, comme vous le savez, doit permettre la coexistence de plusieurs langues, de plusieurs religions et de plusieurs mentalités.

Cette fonction initiale de notre neutralité s'est maintenue au cours des siècles, alors que, parallèlement, les puissances européennes se rendirent peu à peu compte qu'elles aussi avaient intérêt au maintien de la neutralité permanente de la Suisse, facteur de stabilité au centre de l'Europe. C'est ainsi que les cinq grandes puissances du Congrès de Vienne ont reconnu notre neutralité formellement le 20 novembre 1815; un siècle plus tard, le 13 février 1920, cette déclaration du Congrès de Vienne a été confirmée par le Conseil de la Société des Nations.

Qu'en est-il aujourd'hui? Les grandes puissances actuelles ne sont pas celles de 1815 ou de 1920 et n'ont pas reconnu expressément notre neutralité. Cela ne signifie pas non plus qu'il faille rompre avec une tradition fortement ancrée. Nous continuons de penser que la neutralité suisse conserve un caractère très particulier, du fait qu'elle a été à la fois choisie unilatéralement et reconnue

- 2 -

internationalement. Nous continuons de penser qu'elle est toujours dans l'intérêt de la communauté internationale. Une des preuves récentes de la confiance qu'elle inspire, même à des pays qui n'ont aucune raison d'être sensibles au passé historique que je viens de retracer, est le rôle qui a été confié à la Suisse lors du conflit entre l'Inde et le Pakistan. En d'autres termes, ce que nous voulons, c'est rester neutres, mais en adaptant la neutralité aux conditions du monde contemporain.

Quels sont les principes fondamentaux de notre neutralité? A la différence de la neutralité ordinaire, qui ne crée ni droits, ni devoirs en temps de paix, la neutralité de la Suisse est permanente. Cela signifie que nous devons non seulement nous abstenir de prendre part à un conflit entre des tiers, quel qu'il soit, mais que nous devons aussi, déjà en temps de paix, conduire notre politique extérieure de manière à éviter d'être entraînés dans un conflit. C'est ce que nous appelons poursuivre une politique de neutralité, dont les exigences vont plus loin que le simple respect du droit de la neutralité, auquel nous sommes évidemment tenus. Cette politique de neutralité impose certaines obligations. En premier lieu, nous devons nous donner les moyens de la politique que nous avons décidé de poursuivre. C'est pourquoi notre neutralité est une neutralité armée. Pourquoi une armée, alors que nous voulons nous tenir à l'écart de tout conflit? Parce que c'est un des moyens principaux de rendre notre neutralité crédible, de la défendre si elle est menacée à l'occasion d'un conflit extérieur. Le but de cette armée - vous entendrez demain un exposé plus détaillé à ce sujet - est bien entendu strictement défensif. Comme n'importe quel autre Etat, l'Etat neutre est soucieux de faire respecter son indépendance et l'intégrité de son territoire. De plus, l'Etat neutre doit empêcher qu'un belligérant ne puisse utiliser son territoire comme base d'opérations.

Voilà pour les principes fondamentaux. Il faut voir maintenant comment cette politique de neutralité est mise en oeuvre.

Dans le domaine politique, vous savez que la Suisse s'est montrée d'une extrême prudence: nous avons longtemps hésité avant d'adhérer au Conseil de l'Europe et, surtout, nous ne sommes pas encore membre des Nations Unies. La question de savoir si l'appartenance à l'organisation politique des Nations Unies est compatible avec notre neutralité est examinée depuis longtemps chez nous; si l'on considère le problème d'un point de vue strictement juridique, nous arrivons à la conclusion qu'il existe une certaine incompatibilité entre le système de sécurité collective que prévoit - du moins en théorie - la Charte de l'ONU et la neutralité d'autre part. Toutefois, en tenant compte de l'évolution des Nations Unies ainsi que de l'évolution de nos rapports avec l'ONU au cours des dernières années, le gouvernement suisse a été amené de plus en plus à considérer la question de notre adhésion sous un angle politique, et non seulement juridique. Or, le résultat de cette approche politique est d'avoir réduit l'importance de l'obstacle juridique: nous pensons aujourd'hui que la Suisse devrait pouvoir adhérer à l'ONU dans un avenir relativement rapproché, sans que sa neutralité en subisse un préjudice. Au contraire, car dans un monde caractérisé par une interdépendance et une interpénétration croissantes des intérêts nationaux, l'Etat neutre peut de moins en moins assurer son indépendance par l'abstention et doit de plus en plus faire preuve de solidarité et d'esprit de coopération.

Le contexte dans lequel est née et s'est développée notre neutralité était la rivalité entre puissances européennes. Depuis 1945, ce contexte a été remplacé par celui de la guerre froide, qui, à son tour, tend à faire place à ce qui est convenu d'appeler la détente Est-Ouest. La guerre froide fixait un cadre, que nous le voulions ou non, à l'exercice de notre politique de neutralité. Si ce cadre se modifie - ce qui est en train de se passer aujourd'hui - il est naturel que notre politique extérieure s'adapte aux nouvelles conditions. C'est ainsi que nous avons jugé compatible avec notre neutralité la participation de la Suisse à une conférence internationale

- 4 -

de caractère essentiellement politique: je fais allusion ici à la future Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe, à laquelle nous nous préparons depuis trois ans.

Vous voyez donc que notre neutralité ne nous empêche pas d'avoir des relations extérieures même dans le domaine politique, à condition de ne rien faire qui puisse mettre en doute la crédibilité de cette neutralité. Dans le domaine économique et culturel, des précautions sont également nécessaires, mais elles vont beaucoup moins loin que dans le domaine politique. La Suisse est membre d'une multitude d'organisations économiques de caractère universel ou régional, la dernière en date étant la zone de libre-échange formée par la Communauté européenne et les quatre Neutres européens. A cet égard, notre neutralité nous a contraints à faire une distinction très nette entre une zone de libre-échange d'une part - qui préserve notre "treaty-making power" et s'accorde par conséquent avec notre neutralité - et d'autre part une union douanière comme le Marché commun, qui ne laisse pas à ses membres une entière autonomie en matière de politique commerciale. C'est une des raisons principales pour lesquelles nous estimons que l'adhésion de la Suisse au Traité de Rome est incompatible avec son statut de neutre.

Un point sur lequel je voudrais encore attirer votre attention est l'attitude de l'opinion publique suisse face à la neutralité de l'Etat. Les obligations qui découlent de notre neutralité ne s'appliquent qu'aux actes gouvernementaux, alors que les "mass media" et les citoyens en tant que personnes privées n'y sont nullement tenus. En d'autres termes, nous rejetons l'idée de neutralité "morale" de la population suisse; accepter cette idée équivaldrait en effet à imposer au peuple les vues du gouvernement en matière de politique étrangère.

Economic relations between Malaysia and Switzerland (by Minister Bühler)

1. Swiss investments in Malaysia

We are fully aware of Malaysia's interest in the transfer of technical know how which, in our case, goes in general together with investments. In this connection we appreciate the efforts of the different Malaysian authorities, especially the activities abroad and at home of the Federal Industrial Development Authority. Promotional and public relations work is without any doubt of great importance in order to generate interest among potential foreign investors.

In the absence of foreign exchange control no detailed information on the investment activities abroad of Swiss individuals and companies is available here. As far as Malaysia is concerned, we know, however, that Messrs. Diethelm and Zuellig as well as the Swiss based food concern Nestlé operate or participate in local manufacturing plants. Messrs. Zuellig own an animal feedmill, Diethelm are producing aluminium ware at Petaling Jaya. At the same time they are minority partners and sales agents of an aluminium mill at Petaling Jaya and of a Pencil Manufacturing Company at Johore Bahu.

The Swiss administration can assist Malaysia's efforts to promote foreign investments in different ways. The Division of Commerce, through the intermediary and with the help of all industrial organisations concerned in our country, has in the past and will in the future give wide publicity to information relating to the development of the Malaysian economy and the opportunities this implies in various fields.

The Swiss Government has also set up an Investment Risk Guarantee Scheme which is available to Swiss individuals and companies wishing to set up new or expand existing investments abroad. The Scheme is closely related to the aims of developing countries since Article 1 of the Law stipulates that the investment should contribute to the economic growth of the developing countries.

As a further step to create interest among potential investors, the Swiss Government is prepared to sign bilateral Agreements on the mutual encouragement and protection of investments.

2. Trade

Malaysia and Switzerland are full members of the General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) and trade relations between the two countries are governed by the rules of this Agreement. Both States enjoy most favoured nation treatment as far as tariffs are concerned. Therefore, as a rule, products originating in either country have an even chance on the other country's market. Liberal import and export regulations on both sides, leaving the initiative to the largest possible extent to private individuals and companies, create a promising basis for the development of bilateral trade according to the rules of the free market system.

With regard to direct bilateral trade, we know that in the past a substantial part of Malaysian and Swiss goods were shipped through the neighbouring port of Singapore. We understand that this practice is more and more given up in favour of direct supplies. As far as we are concerned, we welcome this development because it leads to a closer relationship and better understanding between manufacturer on the one side and importer or customer on the other side.

In 1961, Swiss exports to Malaysia amounted to 8 Million Swiss Francs. In 1970 they totalled 15 Million Francs and last year came up to 24 Million Francs, which means three times more than in 1961.

Ten years ago, Swiss exports to Malaysia showed the following split up: one third machinery, one quarter watches, and one fifth chemical and pharmaceutical products. Last year, the share of machines was half of our exports, chemical and pharmaceutical products $1/5$ and watches $1/6$. The very sharp upturn in the sales of Swiss machinery to Malaysian customers during the last few years seems to be a consequence of the efforts undertaken by the Malaysian Government to broaden the basis of the country's economy through ventures into new industrial fields, and of the principles laid down in the Second Malaysian Plan. We wish you every success in the implementation of this ambitious but realistic programme.

The Swiss Government is assisting the export efforts of its manufacturers through the Export Risk Guarantee Scheme which facilitates the financing of such transactions by our banks. The outstanding guarantees for sales to Malaysian customers today cover an invoice value of 9 Million Swiss Francs.

According to Swiss statistics, our imports of Malaysian goods in 1961 came close to 22 Million Swiss Francs, increasing slightly to 24 Million Swiss Francs last year.

The composition of Swiss imports from Malaysia which have remained approximately at their 1961 level, has changed considerably. Ten years ago, natural rubber accounted for 80 per cent of our imports, in 1971 only 40 per cent. Tin last year made up 1/3 and coffee 15 per cent of our imports. For a number of years Malaysian timber has regularly appeared in our import statistics, and last year saw for the first time a noteworthy shipment of Malaysian shoes to Switzerland. It is an interesting fact that industrial products which since the implementation of the System of General Preferences enjoy a 30 per cent tariff reduction, make up 4/5 of Malaysian exports to Switzerland. In view of an expansion of your exports to our country we are prepared to assist your authorities, if you wish us to do so, in establishing contacts with our importers.

In conclusion I may say: We are aware of the favourable investment climate in Malaysia and we are prepared, as before, to assist the appropriate Malaysian authorities in their efforts to bring this to the knowledge of potential Swiss investors with whom the final decision remains. Through the Investment Risk Guarantee Scheme and through the conclusion of bilateral agreements on promotion and protection of investments we prepare the ground for a fruitful cooperation between partners in the two countries. It is our sincere hope that your visit and our discussions will become a milestone in the future development of economic relations between our two countries.

A Survey of the various languages and cultures in Switzerland

by Lukas F. Burckhardt

1. According to the 1970 census Switzerland has a population of 6,27 million of which 4,07 million talk German, 1,13 million French, 0,74 million Italian, 0,05 million Romanch and 0,27 million other languages. Of our total population 1,08 million are foreigners of which 0,54 million talk Italian. This large proportion of foreigners is due to our need to import the necessary additional manpower for our thriving economy. The percentage of the Italian speaking and of new language groups therefore has increased, but basically the language distribution has not changed: We have a majority of German speaking, now 65 %, a considerable minority of French speaking, now 18 %, a smaller minority of Italian speaking, now 12 %, and a much smaller minority of Romanch speaking, now somewhat less than 1 %, beside the other language groups of 4 %, consisting almost entirely of foreigners.

2. German, French and Italian belong to the main European languages. They have their important cultural centers in Germany, France and Italy, whereas Romanch is spoken only in Switzerland. This old language which is very close to the original Latin of Roman times has its roots in several mountain valleys of Eastern Switzerland. It has never been unified and therefore is written and taught in the primary schools in four different versions. It can't be used outside these valleys and therefore has to be supplemented by a more common language such as German or Italian to get along with the other Swiss and with the many foreign tourists visiting that beautiful part of our country, the Grisons.

Whereas German, French and Italian are recognized as our official languages in article 116 of our Federal Constitution of 1848 / 1874, in 1938 a constitutional amendment accepted by a large majority of our population has added Romanch as a national language.

This means that it is recognized in its value as an intrinsic part of our nation, but it is not - as German, French and Italian are - one of the languages in which all our government publications are written.

3. Romanch is much more important to us than its numerical limitation might indicate. We all like its strong and at the same time melodious sound which reminds us of the sturdy mountaineers living in the Grisons.

Their language is for them an expression of their spirit of independence which was the driving force behind the formation of the Swiss Confederation with its twenty five member states, called cantons, and its over three thousand communes enjoying a large degree of local autonomy.

4. As a member of the German speaking majority of four million I don't talk high German in my daily life but the local dialect of my home town of Basel in which I have been trained the hard way by a very demanding grandfather who insisted even on the right intonation of every word in our special brand of language. (I remember, for instance, my painful efforts as a little boy, under his guidance, to find the right pronunciation of the German word "Honig", which in "Baselditsch" (our dialect) was neither "Hönig" nor "Hünig" but something exactly in between like "Hounig").

There are at least twenty six dialects in German speaking Switzerland, each at home in a specific town, village or region, and so different from each other that somebody with good ears immediately recognises from which part of Switzerland originates another Swiss who talks to him.

This consciousness of language differences and even nuances has developed among the German speaking majority of our population a great curiosity and even love for other languages. We expect that everybody we meet speaks well his proper language and we are rather disappointed if he doesn't. As a citizen of Basel, for example, I

disappoint my compatriots if I don't talk my own dialect well, with all its odd peculiarities which the other Swiss are finding rather comical but nevertheless really like because it belongs to a man from Basel.

5. French which is spoken by more than one million Swiss is quite different. In that Western part of Switzerland the local dialects survive only in some remote parts but otherwise have been replaced a rather long time ago by the uniform French formed and perfected in Paris in the last centuries. The advantage of this situation is a clarity and preciseness of expression never achieved in German with its richer but also heavier vocabulary and syntax. This is why we German Swiss like the French language so much as an alternative to our own heavier tongue. When a Swiss legal text sounds strange and confused in German, we turn to the French version, which is of equal validity for interpretation, because the French legal language is much closer to classic Latin than ours and therefore more concentrated and lucid.

6. In his excellent book entitled "Switzerland, Example of Cultural Existence", a Canadian Professor of Political Science, Kenneth D. McRae, wrote in 1964: "The important thing is that French has a prestige in Switzerland that serves as an effective counterbalance to its numerical weakness" (page 17). This is a prestige I already felt rather early in my life: When my parents wanted to hide something from me they said "pas devant les enfants", which means not before the children, they talked French to each other, surrounding this for me yet unknown language with an air of mystery and secrecy.

Now as a grandfather of three little children of one of my daughters and of her husband, a French speaking Swiss living in Geneva, I have the pleasure to have some little descendants whose tongue is entirely French because nobody in our whole family would ever dream of imposing on them in this decisive early phase of their life our German dialect.

The almost total acceptance of the French by the German speaking Swiss who live in French speaking Switzerland is, in our Swiss eyes, a happy phenomenon which we wholeheartedly approve because it preserves the original French in those parts of our country where it had always been spoken and prevents a linguistic majorisation of our minorities by the majority. As the Canadian McRae points it out in his book (page 8): "The fair and even more-than-fair treatment of the smaller language groups in the Confederation has become a cardinal principle of public policy", and, as I may add, even more so of our common way of life in which our language laws have become inveterated customs enforced by deep personal convictions.

7. The three quarter of a million Swiss and foreigners who speak Italian have a somewhat more difficult position than the French speaking. Without the more than half a million Italians in Switzerland this group would be much smaller. On the other hand, quite serious efforts have been made to preserve the Italian character of the southern part of Switzerland, the "Italianità del Ticino". Our actual President of the Swiss Confederation, Mr. Nello Celio, is an Italian speaking Swiss from the canton of Ticino, whereas Mr. Pierre Graber, head of our Political Department, and Mr. Roger Bonvin, head of our Traffic and Energy Department, are French speaking Swiss and the other four members of our government of German tongue.

8. It has often be said that we owe the stability of our country to a large degree to the fact that other inner divisions are even rather more important than those created by our multiplicity of language blocs as a political issue.

Religious issues had shaken our country since the time of the Reformation in the sixteenth century when our bigger towns adopted the protestant faith whereas the mountain farmers in the central part of Switzerland sturdily kept to the Catholic faith of their forefathers. That our country nevertheless could keep its

identity, despite severe internal struggles, is like a miracle, but it is also the result of a sober, realistic attitude of our forefathers who were too reasonable to remain fanatics.

An example for how they handled their religious problems is given by the canton of Glarus in the mountains of Eastern Switzerland. There neither the Protestants nor the Catholics were able to unite all their countrymen within their faith. In order to overcome this difficulty a tripartite system of government was invented: There was an assembly of all the Catholics with a catholic government, an assembly of all the Protestants with a protestant government, and, above these two groupings, an assembly of all the citizens, Catholics as well as Protestants, and a government over both denominations. This complicated but fair system functioned for centuries and achieved religious peace by legal means.

In the same canton my father was protestant minister of the main church which, since the period of the Reformation, was used in common each Sunday first by the Catholics and then by the Protestants, a phenomenon rare even in Switzerland and preceding for centuries the most modern efforts of the ecumenical movement.

Whereas according to the 1960 census 53 % of our population were Protestants and 45 % Roman Catholics, according to the 1970 census the percentage of the Protestants lowered to 48 % whereas that of the Roman Catholics rose to 49 %, thus for the first time in our history changing the catholic minority into a majority, as a result of the strong influx of foreigners as additional manpower from catholic countries.

Formerly entirely protestant or catholic parts of our country became religiously mixed because of population movements in both directions. Nevertheless, historical differences are still important but they are counterbalanced by direct contacts between the two groups which have mentally enriched both.

9. Switzerland being a highly industrial country, which had to overcome the scarcity of its soil by hard labor and inventiveness, has not been spared its toll of labor struggle, but it also had the chance to find, in 1937, shortly before the outbreak of World War II, responsible labor and management leaders who, under the common threat of external dangers, established in common a voluntary agreement for peaceful settlement of labor disputes which has been prolonged again and again up to this day. Its spirit may preserve us also in the future from destructive labor unrest by giving organized labor voluntarily its fair share in our economy.

10. Reading Swiss publications of a somewhat earlier period on our political, economic and social achievements, one might wonder how such perfection can be true in our very imperfect world. Is it really true? It would be ungrateful not to accept these real achievements as a precious legacy from our forefathers. The question which remains is how we can keep and develop them in a completely different world in which distances have vanished and where, what happens on the other end of the world, concerns us as directly as if it would be in our immediate neighborhood. How can we integrate our young people into those values in which we believe? And how will they work out in solving new problems for which no historic pattern is available? Nevertheless, our Swiss experience is full of hope and we must try to meet this challenge.

Application of the principle of equality of
the three Swiss official languages

by Mr. Claude von Kaenel,
Translation Service of the Federal Chancellery

There are four national languages (German, French, Italian and Romansh) and three official languages (German, French and Italian) in Switzerland. All legal texts (federal acts, ordinances, etc.) applying to the whole of our country must be published in the official languages. As to cantonal texts, they are published now in one language (e.g. in the cantons of Zurich, Lucerne: German; Geneva, Vaud: French; Ticino: Italian), now in two languages (in the three bilingual cantons of Berne, Valais and Fribourg: German and French, and in the trilingual canton of Graubunden: German and Italian, as Romansh is used very rarely in the administrative field although it is still a respectable literary idiom).

The legal texts applying to the whole of Switzerland are redacted and translated by officials of the federal administration, in Berne, either in the 7 departments or at the Federal Chancellery. These officials are generally well trained translators with a pretty good knowledge of law matters, but also jurists who can translate without being professional translators.

As regards correspondence, the rule adopted is that everybody may write to the administration in his mother tongue, provided it is one of the official languages mentioned above, and is entitled to receive an answer in the same language. This system often requires a translation of the various letters exchanged.

In the Swiss Parliament (National Council and Council of States) the three-language system is theoretically recognized, but in fact most discussions and reports are translated into or published in only two languages (German and French), what also requires a certain number of translators and even interpreters (simultaneous translation). However, many Swiss officials know (that is understand,

- 2 -

speak and sometimes write) at least the two main national languages (German and French), which facilitates contacts and often makes translations unnecessary.

As you see, translation plays a very important part in the Swiss administration (both on the federal and cantonal level). We, therefore, need numerous good translators, able to work efficiently in a limited sector, or even in several or nearly all sectors (as it is the case at the Federal Chancellery). We have to add in that respect that some officials are in charge of the correspondence with other States and of technical translations into foreign languages (especially into English and Spanish). Since the administration cannot always do this work, it sometimes applies to private translators (specialists of oriental languages, of very difficult subjects, etc.). The latter are remunerated by the Swiss Confederation according to special tariffs.

The translation services of the Swiss Federal Chancellery

by Mr. Claude von Kaenel

There are three translation services at the Swiss Federal Chancellery: the German, the French and the Italian services, that collaborate closely.

All officers of those services translate literally from morning till night, unless they have to revise texts translated by others, but this work is also a kind of translation. I should like to say in this connection that revision is often much more difficult and tiring than translation. Many people cannot understand that, because they have no idea of such a task. In fact, the reviser must first control the accuracy of the translation, complete the text, and correct the mistakes or misinterpretations if need be, secondly control the grammatical correctness of the language used by the translator (which is not always his mother tongue), and finally judge the style and the concatenation of ideas, this part being certainly the most delicate of the three. Indeed, you know that everybody has his own style (when there is one!) and his preferences, to say nothing of real manias. Thus, the reviser must not only control others, but also exercise self-control, and keep the golden mean in any case.

As regards translation, there are various kinds of difficulties: technical terms, official denominations (associations, federations, newspapers and magazines, etc.), abbreviations, unclear expressions or passages, sometimes the subject itself.

Technical terms are either found in good dictionaries or explained and translated by specialists of the several fields of knowledge. By the way, we should never forget that, as Samuel Johnson has it, "Dictionaries are like watches, the worst is better than none and the best cannot be expected to go quite true." (Letter to Francesco Sastres, 1784).

As far as official denominations are concerned, we translators have to contact a certain number of persons, especially librarians, or the associations themselves if we know where they are registered. A telephone call is generally sufficient, but it is sometimes necessary to write in order to get the information wanted.

As for abbreviations, specialists of the various subjects can help us as a rule, but in hopeless cases there are only two solutions: to drop the abbreviation if we deem it unnecessary, or to apply to the writer of the text. Nevertheless, caution is recommended for some people are very touchy and get angry when we ask them things we (in quotation marks) "ought to know".

As to unclear expressions or passages, we must try to "interpret" the text and to find out its most probable meaning; in some instances we also resort to the author.

If the subject is particularly difficult (I mean, not for everybody, but for the translator and the public in general), we have to consult specialists, that is we not only ask them the translation of technical terms, but we also beg them to give us explanations and let us have documents, so that we may get a clear view of the matter.

These few hints show us that, nowadays, a translator cannot work in seclusion like before. He is, on the contrary, compelled to collaborate with a lot of people if he wants to keep pace with things and events. This, of course, requires of him a real and daily effort.

Translation is a difficult but beautiful task, that contributes to the mutual understanding of individuals and peoples.